

Slowenien

Gesamteinschätzung

Slowenien zählt weiterhin zu den sicheren Anwärtern bei der ersten Aufnahmerunde der EU. Es hat das höchste BIP pro Kopf und die höchste Investitionsrate unter den ostmitteleuropäischen Staaten. Der letzte Fortschrittsbericht der EU bestätigt dem Land eine funktionierende Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten, sofern es die laufenden Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft abschließt⁴. Probleme bestehen jedoch immer noch bei der Übernahme der Rechtsvorschriften der EU und insbesondere beim Aufbau einer adäquaten Verwaltung. Bei den Verhandlungen mit der EU ist das Land mit am weitesten fortgeschritten. Auch 2000 konnte das hohe Wachstum mit 4,8% gehalten werden, und die Investitionsquote hat von ihrem hohen Niveau aus noch zugenommen. In 2000 war vor allem die Auslandsnachfrage für das hohe Wachstum verantwortlich. Profitiert davon hat insbesondere die Industrie. Die Ungleichgewichte in der Wirtschaft haben sich entgegen der Befürchtungen nicht wesentlich erhöht. Das Haushaltsdefizit stieg zwar auf 1,4% des BIP stärker als vorgesehen, blieb aber im beherrschbaren Rahmen. Das Leistungsbilanzdefizit lag mit 3,2% des BIP nur knapp über der Prognose. Insbesondere seit Mitte 2000 zeichnet sich ein Abbau dieser Ungleichgewichte ab. Sorgen bereitet allerdings weiterhin die relativ hohe Inflationsrate, auch wenn sie sich im einstelligen Bereich bewegt. Externe Einflüsse wie die Energiepreissteigerungen, die in Anlehnung an den EURO erfolgte erhebliche Abwertung des Tolars aber auch die vor den Wahlen im Herbst 2000 laschere Haushalts- und Geldpolitik trugen zu der Inflationserhöhung bei. Diese wirkt wegen der noch bedeutenden Indexierung, trotz der nach den Wahlen erfolgten strengeren Haushaltsdisziplin und stabilitätsorientierten Geldpolitik, nun noch weiter. Die Beseitigung dieser Ungleichgewichte muss das entscheidende Ziel der slowenischen Regierung bleiben. Sowohl die Geld- als auch die Fiskalpolitik stehen dabei vor schwierigen Aufgaben. Die erfolgte Liberalisierung des Kapitalverkehrs steigert die Anforderungen an die Geldpolitik. Die Fiskalpolitik muss dem Druck der Indexierung vieler Ausgaben, den steigenden Ausgaben aufgrund der Alterung der Bevölkerung und durch den Anpassungsprozess an die EU durch klare Prioritätensetzung entgegenwirken. Gleichzeitig muss auch noch die Staatsausgabenquote gesenkt werden.

Die Aussichten für 2001 sind relativ günstig. Trotz des erwarteten Rückgangs der Exporte aufgrund der Wachstumsschwäche in den Hauptabnehmerländern wird nur von einem leichten Rückgang der Wachstumsrate ausgegangen. Aufgrund der relativ hohen Konkurrenzfähigkeit, der wieder stabilitätsorientierteren Geld- und Fiskalpolitik und den beschleunigten strukturellen Reformfortschritten kann ein weiterer Abbau der volkswirtschaftlichen Ungleichgewichte (Inflation, Außenwirtschaft) erwartet werden. Die größte Herausforderung bleibt dabei die Geldwertstabilität, die eine wichtige Voraussetzung für ein mittelfristig stabiles Wachstum darstellt. Trotz der weiterhin moderaten Lohnentwicklung bleibt hier kurzfristig vor allem die Nationalbank gefordert, die ihre Politik ganz auf die Geldwertstabilität konzentrieren sollte. Mittelfristig stellen die eingeleiteten Umgestaltungen des Indexierungssystems und die beginnenden Umstrukturierungen im Sozialsystem als Reaktion auf den Alterungsprozess der Bevölkerung hoffnungsvolle Ansätze für eine gleichgewichtige Entwicklung dar. Sie dürften aber noch nicht ausreichen. Insbesondere das Indexierungssystem sollte ganz abgeschafft werden.

Produktion und Verwendung des BIP

Die wirtschaftliche Entwicklung Sloweniens unterstreicht, dass das Land zu den ersten Anwärtern bei der Aufnahme in die EU zählt. Auch die Verhandlungen mit der EU sind bereits weit fortgeschritten. 29 Kapitel sind eröffnet, 18 vorläufig abgeschlossen. Damit liegt Slowenien vor Tschechien und Polen (jeweils 15) sowie Ungarn (17) mit an der Spitze der Aufnahmekandidaten für die erste Runde (Stand April 2001). Auch beim Konvergenzindikator der DB Research liegt Slowenien an erster Stelle.

Zu den hervorstechenden Merkmalen der slowenischen Wirtschaft zählen ein, trotz der noch nicht voll befriedigenden Geldwertstabilität, weitgehend stabiles wirtschaftliches Umfeld, das mit Abstand

höchste pro-Kopf-Einkommen (14964 EURO in KKS bzw. 71% des EU-Durchschnitts, 1999) und die höchste Investitionsrate unter den Beitrittskandidaten.

Die slowenische Wirtschaft hat auch im Jahr 2000 ihr stabiles Wachstum fortgesetzt. Das reale BIP übertraf mit 4,8% nach vorläufigen Angaben des IMAD und des IWF vom März die bereits im Verlauf des Jahres 2000 auf 4,5% angehobenen Prognosen. Auch die Wachstumsrate für 1999 wurde vor kurzem nach Angaben der Nationalbank nochmals von 4,9% auf 5,2% nach oben korrigiert.

Aufgrund der bisher günstigen Entwicklung wurden die Prognosen für 2001 auch vom IMAD nun auf 4,5% angehoben. Und auch für 2002 geht das Institut nun von 4,5% Wachstum aus. Sollte sich aller-

dings die Konjunktur in Europa tatsächlich so abkühlen, wie dies derzeit den Anschein hat, müsste die Prognose für 2001 voraussichtlich aber etwas zurückgenommen werden. Die EU unterstellt daher nur noch 4,3%.

Die Leistung der slowenischen Volkswirtschaft hat damit den wirtschaftlichen Stand von 1989 deutlich überschritten und liegt inzwischen erheblich über dem Stand vom Beginn der Unabhängigkeit. Aufgrund der erheblichen Abwertung des Tolars gegenüber dem USD in 2000 um 18,4% ist allerdings das BIP in USD gerechnet zurückgegangen, so dass auch das BIP pro Kopf in USD gerechnet zum amtlichen Wechselkurs sank. Nach IWF-Angaben erreichte es aber 2000 immer noch 10 109 USD und damit 42% des EU-11 Durchschnitts (vermutlich ist das Bezugsjahr aber entgegen der Angabe im Bericht das Jahr 1999). Die Leistung pro Kopf liegt damit noch immer doppelt so hoch wie in dem nächstfolgenden Aufnahmekandidaten, der Tschechischen Republik.

Die Kommission hat Slowenien auch im letzten Fortschrittsbericht bestätigt, dass es eine funktionierende Marktwirtschaft habe und mittelfristig auch der Konkurrenz in der EU standhalten könne, wenn die Reformen abgeschlossen würden.

Einen besonderen Beitrag zum Wachstum des BIP leistete im Gegensatz zu den Vorjahren die Industrie, die zum ersten Mal nach vielen Jahren mit 6,2% ein deutlich überdurchschnittliches Wachstum erzielte. Gestützt wurde die industrielle Produktion vor allem auch durch die günstige Auslandsnachfrage. Der reale Exportzuwachs wird auf 12,7% geschätzt. Der Beitrag der Industrie zum BIP hat sich damit wieder auf 32,6% erhöht. Die Prognosen gehen aber davon aus, dass das Wachstum der Industrie in diesem Jahr wieder unterdurchschnittlich sein wird, denn der Anteil am BIP soll wieder sinken. In den ersten drei Monaten 2001 wurde allerdings immer noch ein Zuwachs von 7,2% erreicht.

Die nur langsam wachsende Binnennachfrage ließ auch die Leistungen der Bauwirtschaft gegenüber dem Vorjahr sinken. Die Landwirtschaft und das Dienstleistungsgewerbe entwickelten sich unterdurchschnittlich. Die Leistung der Landwirtschaft und Fischerei ging real zurück. Die Landwirtschaft spielt in Slowenien im Verhältnis zu den meisten anderen Beitrittskandidaten aber hinsichtlich des Beitrags zum BIP eine untergeordnete Rolle. Sie steuert nur noch 3,4% zum BIP bei. Sie hat aber mit erheblichen Strukturproblemen zu kämpfen, denn immer noch sind gut 10% der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, was die kleinbäuerliche Struktur und die geringe Arbeitsproduktivität unterstreicht.

Demgegenüber ist der Beitrag der Dienstleistungen zum BIP mit über drei Fünfteln relativ hoch. Nachdem er bisher laufend gestiegen war, gab er 2000 leicht zugunsten der Industrie nach. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass sich der steigende Trend in 2001 fortsetzen wird. Beeinflusst war die

schlechte Performance von der niedrigeren Binnennachfrage, denn das vom Auslandstourismus stark beeinflusste Hotel- und Gaststättengewerbe erzielte mit einem realen Zuwachs der Wertschöpfung von 9,8% das überhaupt beste Ergebnis, nachdem 1999 nur 1,5% erreicht wurden, worin sich vor allem die negativen Auswirkungen der Balkankrise zeigten. Die Auslandstouristen nahmen um 23,2% zu. Die Übernachtungen stiegen selbst gegenüber 1998, dem Jahr vor den Einbrüchen aufgrund der Kosovo-Krise, um 11,2%. Die Tourismuseinnahmen erhöhten sich real um 13%.

Ebenso hat der Finanzsektor einen erheblichen Zuwachs der Wertschöpfung erreicht, was auf die beträchtlichen Zinsmargen zurückzuführen ist.

Nachfrage Wachstumsraten in v.H. real

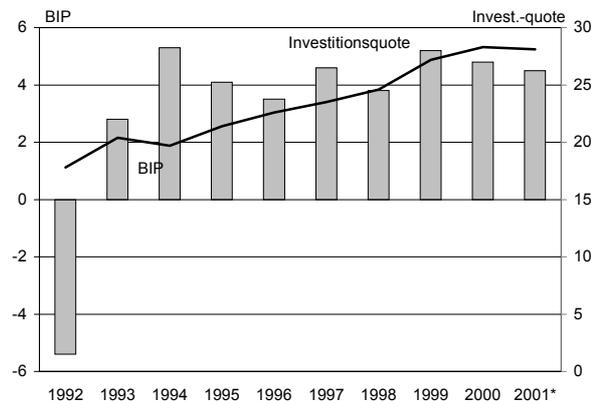
	1997	1998	1999	2000	2001*
Gesamt	6,2	5,1	5,3		4,5
Ausland	11,3	7,0	1,8	12,7	5,8
Inland	5,0	4,6	6,2		4,7
Pr. Konsum	3,3	2,3	5,3	0,8	3,0
Staat	4,3	5,6	5,7	3,1	3,3
Kapitalbildung	11,3	11,1	16,1	1,2	9,0

* Prognose.

Quelle: IMAD.

Bei der Verwendung des BIP ergaben sich, gemessen an den Anteilen, weiterhin leichte Verschiebungen zugunsten der Investitionen. Die Investitionsquote (nach VGR, brutto) hat sich weiter auf 27,8% erhöht. Mit dieser hohen Investitionsleistung wird die Basis für die weitere Modernisierung und Erweiterung der Produktionsbasis der slowenischen Wirtschaft gelegt.

Wachstum des realen BIP und Investitionsquote (% d. BIP)



* Prognose

Die Konsumsteigerung verlief unterproportional. Der inländische Verbrauch stieg insgesamt um 1,3% und damit geringer als ursprünglich vorausgesagt. Einen wesentlichen Einfluss darauf hatte der negati-

ve Basiseffekt, der durch die Einführung der Mehrwertsteuer insbesondere im zweiten Quartal 1999 einen Kaufboom bei langlebigen Konsumgütern auslöste.

Entsprechend erhöhte sich die gesamtwirtschaftliche Sparquote 2000 von 23,8% auf 25%. Auch für das laufende Jahr wird von einer weiteren Zunahme der Spar- bei konstanter Investitionsquote ausgegangen.

Arbeitsmärkte, Soziale Lage

Trotz deutlicher Produktivitätssteigerungen hat auch der Arbeitsmarkt von der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere der letzten beiden Jahre profitiert. Die Zahl der Beschäftigten stieg im Jahresdurchschnitt nach den letzten vorliegenden revidierten Zahlen um 1,7% (vorherige Angaben 1,2%) gegenüber 1999. Die Arbeitslosenquote sank nach ILO-Berechnungen um 0,6%-Punkte auf 7%. Entsprechend der nationalen Erfassung erreichte der Rückgang sogar 1,4%-Punkte auf 12,2%. Während einerseits gut ausgebildete jüngere Arbeitskräfte knapp werden, steigt der Anteil der nicht ausgebildeten im mittleren Alter stehenden Arbeitslosen an der Langzeitarbeitslosigkeit weiter an und liegt bereits bei fast zwei Drittel dieser Arbeitslosen.

Die Lohnentwicklung ist weiterhin moderat, wenn auch vor den Wahlen im öffentlichen Sektor stärkere Zugeständnisse gemacht wurden. Zu der moderaten Lohnentwicklung trägt vor allem das Abkommen zwischen den Sozialpartnern vom 26.06.1999 bei, in dem vereinbart worden war, dass die Löhne bis 2001 mit maximal 85% an die Konsumentenpreisentwicklung angepasst werden dürfen.

Die Reallöhne sind tatsächlich auch lediglich um 1,4% gestiegen. Damit lag die Steigerung erneut unter dem BIP Zuwachs. Die Arbeitsproduktivität ist also weiter gestiegen, so dass Slowenien trotz seines relativ hohen Lohnniveaus gegenüber den anderen Aufnahmekandidaten seine günstige Stellung behaupten konnte. Die zusätzliche Abwertung des Tolars (durchschnittlich 8%, in geringem Umfang auch gegenüber dem EURO) hat die slowenische Konkurrenzposition auf den Exportmärkten gestärkt. Dies hat, neben der günstigen Konjunktur in den Hauptabnehmerländern, zu den erheblichen Exporterfolgen beigetragen. In nationaler Währung gerechnet betrug der Zuwachs 10%. Auch 2001 wird davon ausgegangen, dass die Produktivitätsrate über dem realen Lohnzuwachs von 2,3% (Privatsektor 2% Öffentlicher Sektor 3%) bleiben wird. Im Vergleich zu den anderen mittel- und osteuropäischen Staaten ist das Lohnniveau in Slowenien aber sehr hoch. 1997 lag es mit 10,93 DM doppelt so hoch wie im nächstfolgenden Land Polen (5,48 DM), oder um etwa das Achtfache höher als in Rumänien und Bulgarien.

Der Minimallohn wurde im Januar 2000 um 4,5% angehoben. Die Löhne im öffentlichen Sektor wer-

den 2001 nach einer Vereinbarung vom Dezember 2000 im Januar 2001 um 3,6% und im August um weitere 2,6% erhöht.

Der durchschnittliche Bruttolohn erreichte im Dezember 213026 Tolar (904 USD) was gegenüber dem Dezember 1999 einen Anstieg um 9,1% bedeutet. Deflationiert mit dem Konsumentenpreisindex entspricht dies nur einem realen Anstieg um 0,1% was in Übereinstimmung mit der Politik der Regierung ist, den Reallohnanstieg äußerst gering zu halten.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Die Fiskalpolitik war im Jahr 2000 gespalten. Bis zu den Wahlen erhöhten sich die Ausgaben überproportional. Insbesondere trugen dazu die stärker als erwarteten Ausgaben aufgrund der Indexierung der Löhne und Gehälter bei. Zudem wurden bei einigen Löhnen und Gehältern im öffentlichen Sektor strukturelle Erhöhungen vorgenommen.

Gleichzeitig blieben die Einnahmen hinter den Schätzungen zurück, weil die Nachfrage sich überproportional auf die Auslandsnachfrage verlagerte.

Dieser ungünstigen Entwicklung bot die neue Regierung ab Spätherbst Einhalt. Sie froh die meisten Ausgaben ein. Damit konnte das Staatshaushaltsdefizit für das gesamte Jahr 2000 auf 1,36% des BIP begrenzt werden. Die Vorgaben des Haushaltsplans von lediglich einem Prozent wurden aber trotzdem überschritten.

In 2001 gibt der Haushaltsplan erneut eine Senkung des Defizits auf 1% vor. Im Januar 2001 wurden einige Gebühren angehoben im Februar eine Steuer auf Benzin eingeführt. Der Haushaltsvollzug steht unter einem starken Druck von der Lohnseite, denn die 2000 und 2001 ausgehandelten Lohnsteigerungen sehen eine Anhebung der Löhne um 4,5% vor.

Obwohl die mit der Staatsverschuldung verbundenen Risiken für den Haushalt bisher gering sind, Ende 1999 betrug die Staatsverschuldung 24,6% des BIP, ist darauf zu achten, dass diese Quote nicht wesentlich ansteigt, weil einerseits die Belastung des Haushalts mit verbindlichen Ausgaben sehr hoch ist und andererseits die Staatsausgabenquote insgesamt zurückgeführt werden muss.

Die Reform der Altersversorgung von Dezember 1999 bringt zwar eine Erleichterung für die Rentenkassen. Vermutlich wird der gefundene Kompromiss aber noch nicht ausreichen um die Probleme, die aufgrund der Alterung der Bevölkerung entstehen, ausgleichen zu können.

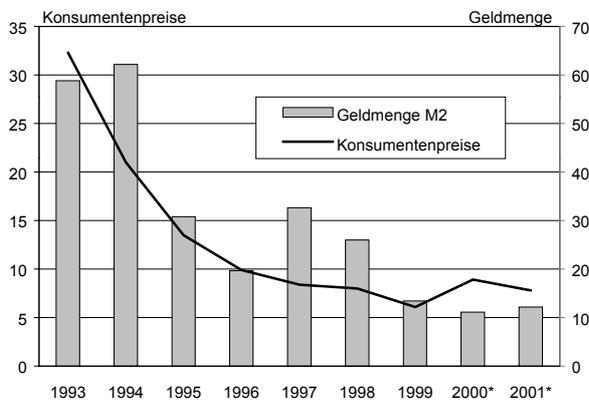
Inflation und Geldpolitik

Weiterhin stellt die Inflation ein ernstzunehmendes Problem dar. Nicht zuletzt auch aufgrund von exter-

nen Einflüssen wie der steigenden Energiepreise, aber auch der Tolarabwertung und der Nachwirkungen der Mehrwertsteuereinführung von Juli 1999, beschleunigte sich die Geldentwertung 2000 wieder auf allen Ebenen. Am stärksten vom Anstieg waren die bis dahin sich relativ günstig entwickelnden Industriepreise betroffen, die auf die starke Erhöhung der internationalen Energie- und Rohstoffpreise und die Tolarabwertung am stärksten reagierten, zumal gerade die Energie- und Vormaterialimporte zu einem weitaus höheren Anteil als die übrigen Importe in USD fakturiert werden. Hinzu kamen Anhebungen der administrativen Preise (vor allem Energie), die nach Berechnungen des IWF allein für etwa 2,5 Prozentpunkte des Preisanstiegs verantwortlich waren. Der Anteil der amtlich geregelten Preise beträgt noch etwa 14%.

Die vor den Wahlen in der ersten Hälfte 2000 relativ laxe Geld- und Finanzpolitik beschränkten den Preisspielraum auch nicht übermäßig. Die Nationalbank reagierte erst verzögert auf die relativ hohe Abwertung des Tolars zu Beginn des Jahres 2000 und die steigenden Energiepreise. Möglicherweise im Hinblick auf die Wahlen hat sie die Zinssätze unverändert gelassen. Die monetären Bedingungen haben sich damit wesentlich aufgeweicht.

Entwicklung wichtiger monetärer Indikatoren Geldmenge und Inflationsrate Veränderung gg. Vorjahr in %



* Prognose.

Nicht zuletzt auch auf Intervention des IWF hat sie dann in der zweiten Jahreshälfte begonnen, den Gürtel für den Geldmantel wieder enger zu schnallen, womit sie die nun auch restriktivere Finanzpolitik unterstützte. Dreimal steigerte sie die Refinanzierungssätze seit Mitte des Jahres 2000 um jeweils einen Prozentpunkt. Seit April 2001 beträgt der Diskontsatz nun 11% und der Lombardsatz 12%. Zudem intervenierte sie auf dem Devisenmarkt, um die Abwertung des Tolars in Grenzen zu halten.

Damit konnte die Expansion der Geldmengenentwicklung vermindert werden. Der statistisch ausgewiesene Zuwachs von M2 nahm um 2,3%-Punkte auf 11,1% ab. Allerdings sagt diese Größe nur die

halbe Wahrheit, da sie die Kreditaufnahme der Unternehmen im Ausland nicht mit berücksichtigt und damit die private Liquidität unterschätzt.

Die Basisgeldmenge reagierte in den ersten beiden Monaten des Jahres 2001 in der gewünschten Richtung, sie nahm ab, so dass die Jahressteigerungsrate im Februar nur noch 5,8% erreichte. Dagegen haben M1, M2 und M3 weiterhin stärker zugenommen.

Die durchschnittliche Inflationsrate war im Jahr 2000 auf 8,9% angestiegen. Der größte Teil war auf die externen Preissteigerungen, insbesondere von Energie zurückzuführen, die nun auch verstärkt an den heimischen Markt weitergeleitet wurden. Die Einzelhandelspreise für Energie und Brennstoffe nahmen z. B. im Jahresendvergleich um 21,4% zu. Aufgrund der relativen Stabilität der Kerninflation kann davon ausgegangen werden, dass die Inflationsrate sich im Laufe des Jahres auf 6 – 7% zurückbilden wird.

Anfang 2001 bewegte sich die Inflationsdynamik aber weiter auf hohem Niveau. Nachdem sie sich in der zweiten Hälfte 2000 von 9,5% im Juni auf 8,5% im Januar 2001 zurückgebildet hatte, beschleunigte sie sich bis April wieder auf 9%.

Auch die reale Abwertung des Tolars gegenüber dem USD hat sich Anfang 2001 leicht fortgesetzt.

Die Senkung der Inflationsrate bleibt also weiterhin eines der wichtigsten Probleme der slowenischen Prozesspolitik.

Außenwirtschaft

Slowenien besitzt aufgrund seines eigenen stark begrenzten Binnenmarktes eine überaus offene Volkswirtschaft. Die Außenhandelsquote erreicht 110%. Etwa zwei Drittel davon werden mit der EU abgewickelt.

Legt man die Dollarwerte zugrunde, so sind die Exporte 2000 zwar nur um 2,1% gestiegen, und die Importe haben nur um 0,2% zugenommen, so dass das Handelsbilanzdefizit sich um über 20% auf 1081 Mio. USD zurückgebildet hat. Da aber der größte Teil des Handels Sloweniens in EURO abgewickelt wird, geben die Eurodaten ein besseres Bild der tatsächlichen Entwicklung, weil der Tolar in 2000 gegenüber dem USD um etwa 18% abwertete. Der Nachfrageeffekt der Exporte für die Volkswirtschaft war damit deutlich höher und hat in erheblichem Maße mit zu der positiven Entwicklung der Industrie beigetragen. Da die Abwertung gegenüber dem EURO lediglich 5,5% betrug, erscheinen die Exportsteigerungen in den EURO-Raum rechnerisch in USD besonders gering. Der Wechselkurseffekt wird daran deutlich, dass die Exporte, wenn sie in EURO ausgewiesen werden, um 18,1% zugelegt haben. Die Importe stiegen in EURO dagegen nur um 15,7% wodurch sich die Handelsbilanz deutlich verbesserte.

Der Anteil der EU an den Gesamtexporten ist auf USD-Basis daher deutlich gesunken. Dies gilt auch für den Anteil Deutschlands, obwohl die deutschen Importe aus Slowenien in DM gerechnet, in 2000 um 7,3% zugelegt haben.

Steigern konnte Slowenien dagegen die Exporte insbesondere in die GUS-Staaten, die CEFTA-Länder und die anderen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens.

Die Importe sind in USD gerechnet kaum gestiegen. Auch hier verlor, wenn der Dollar als Basis zugrunde gelegt wird, die EU Marktanteile. Dagegen haben die GUS, insbesondere Russland, die CEFTA-Staaten und die übrigen Länder des ehemaligen Jugoslawien ihre Position verbessern können.

Insgesamt blieb aber die EU der dominierende Handelspartner Sloweniens von wo mehr als zwei Drittel der Importe kommen und fast 64% der eigenen Waren abgesetzt werden.

Der größte Teil der Importe besteht aus Investitionsgütern und Zwischenprodukten. Dies kann als eine Bestätigung des dynamischen Investitionsprozesses und der wieder erstarkenden industriellen Produktion betrachtet werden.

Das stärkere Exportwachstum führte auch dazu, dass das Handelsbilanzdefizit, entgegen den Befürchtungen, sich zurückentwickelt hat. Es hat um über 13% auf gut eine Mrd. USD in der Warenbilanz abgenommen. Da gleichzeitig der Überschuss bei den Dienstleistungen, vor allem wegen des sich besonders gut erholenden Auslandstourismus, angestiegen ist, verringerte sich das Gesamtdefizit von 881 Mio. USD auf 655 Mio. USD.

Im Januar und Februar hat sich die positive Außenhandelsentwicklung fortgesetzt. Gemessen in EURO stiegen in diesen beiden Monaten die Exporte um 18,5% und die Importe um 14,1%. Das Handelsbilanzdefizit lag in den ersten beiden Monaten 2001 um 100,2 Mio. USD unter der entsprechenden Vorjahresperiode. Die Leistungsbilanz erreichte sogar einen Überschuss von 64,6 Mio. USD.

Obwohl sich die Terms of Trade verschlechterten, konnte das Leistungsbilanzdefizit, das Slowenien seit 1998 plagt, bereits in 2000 zurückgeführt werden. Es nahm um 188 Mio. USD auf knapp 600 Mio. USD ab. Die rapide Passivierung konnte damit gestoppt werden. Das Defizit sank damit von 3,9% auf 3,2% des BIP. 2001 soll es weiter auf 2,8% zurückgeführt werden. Die 1999 aufkommende Befürchtung, dass Slowenien in ein gefährliches außenwirtschaftliches Ungleichgewicht geraten könnte, ist damit lange nicht mehr so akut. Daher ist nicht so sehr die Größe als die Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits das Problem der slowenischen Wirtschaft. Insbesondere der Kapitalimport über Direktinvestitionen ist zu gering. Die Schuldenaufnahme im Ausland hat stark zugenommen, was auch mit dem unterentwickelten inländischen Kapitalmarkt und den hohen inländischen Zinsen zusammenhängt. Im Jahr 2000 ist die gesamte Auslandsverschuldung Slowe-

niens auf 34,1% des BIP angestiegen. Der Trend zur starken Auslandsverschuldung könnte die Leistungsbilanz daher bald negativ beeinflussen.

Slowenien zieht weiterhin, gemessen am BIP, nur relativ geringe ausländische Direktinvestitionen an. Von 1994 bis 1999 erreichten sie lediglich 0,75% des BIP. Von allen Transformationsländern hatte nach Angaben der EBRD nur Russland in diesem Zeitraum mit 0,37% noch schlechtere Werte aufzuweisen. Es wird aber erwartet, dass die Auslandsinvestitionen in 2001 wieder stärker zunehmen, da die Privatisierung der großen Banken und weiterer Unternehmen ansteht.

Die Wettbewerbsfähigkeit slowenischer Waren hat sich aufgrund der Abwertung des Tolars gegenüber dem USD auf den nicht EURO-Märkten verbessert. Allerdings ist damit auch der Inflationsdruck gewachsen, da insbesondere Rohstoffe und Energie in USD fakturiert werden. Weit weniger gilt dies für den EURO-Raum, da der EURO für den Tolar als informelle Referenzwährung in dem in Slowenien herrschenden Managed Floating System dient.

Die Normalisierung der Beziehungen zu Jugoslawien und der Abschluss von Freihandelsabkommen mit Kroatien, Makedonien und Bosnien eröffnet für Slowenien wieder bessere Aussichten für den Handel mit den ehemaligen Geschwisterrepubliken. Damit kann eine gewisse Rückorientierung des Handels auf diesen Raum erwartet werden, selbst wenn bei allen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens ein gewisser Vorbehalt gegen eine stärkere Integration der Volkswirtschaften auf dem Balkan zu verspüren ist.

Mit Annäherung an die EU wird Slowenien auch seine Außenzölle weiter senken müssen, denn der durchschnittliche Zollsatz liegt in Slowenien bei 10,6%, in der EU aber nur bei 5,3%. Slowenien hat sich auch bereit erklärt, seine Zölle bis 2003 schrittweise an die der EU anzugleichen, wobei die im Europa-Abkommen vorgesehenen Präferenzen gewahrt werden müssen.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung, Strukturwandel

EU-Vorbereitung

Die Voraussetzungen Sloweniens, einen vorderen Platz bei der EU-Erweiterung zu erreichen, sind weiterhin gut. Dies bestätigt auch die Kommission in ihrem letzten Fortschrittsbericht.

Slowenien verfolgte neben der stabilitätsorientierten Makropolitik eine offensichtlich erfolgreiche gradualistische Reformpolitik. Geholfen hat Slowenien auf diesem Weg die relativ gute Ausgangssituation beim Beginn der Transformation und die schnelle Reaktion auf den kritischen Bericht der Kommission von 1998, nach dem die stark verzögerte Liberalisierung der Finanzmärkte schneller vorangetrieben wurde.

Trotzdem muss der zuletzt wieder sich beschleunigende Transformationsprozess energisch weiter vorangetrieben werden. Obwohl die EU der slowenischen Wirtschaft eine relativ hohe Konkurrenzfähigkeit zumisst, kommt das slowenische IMAD zu keinem so positiven Schluss. Zwar habe sich die Position in 2000 verbessert, und auch seit 1992 sei ein positiver Trend gegeben. Im Verhältnis zu den wichtigsten drei CEFTA-Ländern habe aber die verarbeitende Industrie, die 99% der Exporte stellt, an Konkurrenzfähigkeit verloren. Es sieht daher im Verhältnis zu einigen anderen Beitrittskandidaten einen „insufficient level of competitiveness“ und führt diesen vor allem auf die unzureichenden strukturellen Reformen zurück. Trotz der bedeutenden Steigerung der Exporte könne der Marktanteil auf den entwickelten Märkten kaum gehalten werden. Die Reformen seien insbesondere im Bereich der Privatisierung und der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zurückgeblieben. Technologische Lücken und zu geringe ausländische Direktinvestitionen seien die Folge.

Es ist daher dringend erforderlich, dass die slowenische Wirtschaft ihre Produktivität steigert. Ein vom IMAD durchgeführter Vergleich mit ausgewählten kleinen EU-Mitgliedstaaten kam zu dem Schluss, dass die Bruttowertschöpfung pro Arbeiter in der gesamten Industrie erst 34,1% der Vergleichsländer erreicht.

Die Reformbremse ist wieder geöffnet

In der Vorwahlperiode der ersten neun Monate 2000 hat sich die Reformgeschwindigkeit erheblich verringert. Insbesondere die immer noch mit erheblichem Reformbedarf behafteten Bereiche, wie die Bankenprivatisierung, die Deregulierung des Arbeitsmarktes, die Steuerreform und die Unternehmensrestrukturierung sowie der Abbau der immer noch erheblich verbreiteten Indexierung, machten wenig Fortschritte.

Trotzdem wurden in der letzten Zeit wesentliche Reformschritte unternommen. Die Eigentumsverhältnisse im Versicherungswesen wurden geklärt, wodurch vor allem die Voraussetzungen für den Rückzug des Staates geschaffen wurden. Auch die Gründung einer Energieagentur kann als wichtiger Schritt zur Liberalisierung dieses Sektors, die mit dem Energiegesetz von 1999 eingeleitet wurde, angesehen werden.

Die lange Zeit gerügte Abschottung des Kapitalmarktes wurde 1999 und 2000 weitgehend beseitigt. Die Beschränkungen für ausländische Banken wurden aufgehoben, die Kapitalverkehrskontrolle erheblich vermindert, und die 40% ige Einlagepflicht bei der Aufnahme ausländischer Kredite ist gefallen. Auch Unternehmen können nun Konten in ausländischer Währung bei inländischen Banken halten. Am ersten Januar 2001 wurden die Beschränkungen für Portfoliozuflüsse mit einer Laufzeit von 6 Monaten

und länger aufgehoben. Damit gibt es mit Ausnahme von kurzfristigen Portfoliozuflüssen keine Kapitalverkehrskontrollen mehr. Bei letzteren hat die Nationalbank allerdings weiterhin das Recht, vorübergehende Beschränkungen (bis zu sechs Monaten) einzuführen, wenn eine Störung der Geld- oder Wechselkurspolitik droht.

Restriktionen bestehen auch weiterhin bei einigen Direktinvestitionen, wie im Medienbereich bzw. sie unterliegen der Aufsicht wie im Finanzbereich. Für Inländer bestehen nur noch Beschränkungen bei der Eröffnung von Konten im Ausland oder dem Kauf ausländischer Wertpapiere. Diese Beschränkungen sollen mit dem EU-Beitritt beseitigt werden. Betriebe sollen bereits ab Mitte 2001 Konten im Ausland eröffnen können.

Der Erwerb von Immobilien ist Ausländern erlaubt, sofern die Reziprozität vorliegt.

Trotz der bereits erreichten Liberalisierung der Wirtschaft bleibt ein erheblicher Bedarf beim Abbau des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft. Neben dem hohen Anteil nicht privatisierter Unternehmen sind die Subventionen mit 3,5% des BIP (1999) immer noch fast dreimal so hoch wie im EU-15 Durchschnitt.

Tragende Säule der slowenischen Wirtschaft sind zwar die KMUs. Ihr Anteil an den Unternehmen betrug nach EU Angaben 1998 99,7%. Der Beschäftigungsanteil erreichte 57,6%. Trotzdem ist der Staatsanteil noch sehr hoch. Der Bankensektor ist weiterhin von zwei staatlichen Banken dominiert. Unternehmen in öffentlichem oder halbstaatlichem Eigentum produzieren noch etwa die Hälfte der Wertschöpfung und sind in fast allen Branchen vertreten. Der weitere Privatisierungsbedarf ist also hoch. Zudem hat das bisherige Privatisierungsverfahren zu einem breit gestreuten Konglomerat von institutionellen Anlegern einschließlich staatlicher Fonds, Insider-Eigentümern (Management und Angestellten) und vielen Kleinanlegern geführt. Dadurch wird die Kontrolle durch die Eigentümer erschwert und die Restrukturierung der privatisierten Unternehmen behindert.

Darüber hinaus ist der Regulierungsgrad der Wirtschaft weiterhin zu hoch. Dies betrifft vor allem auch die Arbeitsmärkte. Diese und der hohe Staatsanteil beeinträchtigen auch den Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen negativ und behindern die optimale Allokation der Ressourcen.

Die neue Koalition hat sich, wie ihre Vorgänger, der Schaffung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen verschrieben. Im Koalitionspapier ist die Herausbildung einer „innovativen Unternehmervirtschaft“ unter „konkurrenzwirtschaftlichen Bedingungen, bei einem anhaltendem Wachstum und sozialem Frieden“ als Ziel definiert.

Slowenien steht dabei aber wie auch die anderen Aufnahmekandidaten, erhöhten Anforderungen gegenüber.

Um der Liberalisierung standhalten zu können, wird das Finanzsystem weiter gestärkt werden müssen. Anders als in den meisten Transformationsländern, wird von internationalen Experten dem Finanzsystem Sloweniens jedoch eine beträchtliche institutionelle Stärke zugestanden. Es gehen von ihm keine signifikanten Risiken aus. Es ist allerdings hochgradig verflochten und hat sich bisher in einer stark geschützten Umgebung entwickelt. Der wirkliche Test kommt jetzt erst mit der Liberalisierung der Kapitalmärkte. Die hohen Margen, die die günstige Gewinnlage ermöglichten, werden mit der Liberalisierung sinken. Bereits jetzt ist diese Entwicklung ersichtlich, denn viele Großkredite werden bereits im Ausland aufgenommen. Die insgesamt beschränkte Konkurrenz und der hohe Staatsanteil haben auch die notwendige Restrukturierung behindert.

Trotzdem wird das oligopolistische Bankensystem, im Vergleich mit westlichen und zentraleuropäischen Ländern, inzwischen als leistungsfähig und mit genügend Eigenkapital ausgestattet, angesehen.

Auch die Bankenaufsicht ist bereits gut organisiert. Der Aktionsplan für den Finanzsektor sieht aber vor, dass diese weiter gestärkt werden soll. Dabei sollen auch ausländische Aufsichtsgremien mit eingeschaltet werden. Besonderer Wert soll dabei auch auf die Schulung des Personals der Aufsichtsbehörden gelegt werden.

Entscheidend ist aber eine weitere Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit. Dazu ist die Privatisierung der beiden staatlichen Großbanken eine der wesentlichen Voraussetzungen. Dieser Prozess hat bereits begonnen. U.a. soll auch das interne Risk- und Liquiditätsmanagement in Verbindung mit der Bankenaufsicht verbessert werden. Damit soll das Bankensystem, das sich in der protektionistischen Umgebung für die bisherige Transformationsphase bewährt hat, auch für die neuen Herausforderungen fit gemacht werden.

Zur günstigeren Entwicklung des Kapitalmarktes wird auch die geplante Privatisierung von Investmentfonds und Versicherungen beitragen.

Um die Konkurrenzfähigkeit der slowenischen Wirtschaft zu erhalten, muss die Privatisierung verstärkt vorangetrieben werden. Neben dem hohen Anteil von direktem Staatsbesitz halten auch viele staatliche Fonds beträchtliche Anteile an privatisierten Unternehmen. Dies lässt Zweifel an einer funktionsfähigen Corporate governance aufkommen. Slowenien ist neben Rumänien das Land unter allen Beitrittskandidaten mit dem geringsten Anteil des Privatsektors am BIP. Er beträgt nur 65%. Im Durchschnitt der EU-15 Staaten wird er mit 80,5% angegeben. Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Estland erreichen z. B. diese Rate schon. Nach Angaben der EU betrug der Anteil der Privatwirtschaft an der Bruttowertschöpfung in Slowenien 1998 erst 57,1%.

Neben der Bankenprivatisierung soll daher 2001 auch mit der Privatisierung wichtiger anderer Berei-

che wie der Telekommunikation, des Energiebereichs und der Eisenbahnen begonnen werden.

Dazu sollen u. a. die administrativen Hindernisse für die Privatwirtschaft verringert werden. Zu ihnen zählen insbesondere der Marktzugang und das Konkursgesetz, wofür bereits eine Liste von 45 Gesetzen identifiziert wurde, die dazu beseitigt oder verändert werden sollen. Damit soll auch die Voraussetzung für den Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen verbessert werden. Hierzu dienen auch Maßnahmen der Beseitigung von Hindernissen, die vom World Bank Foreign Investment Advisory Service im Jahr 2000 identifiziert wurden.

Der Marktaustritt ist bisher unzureichend geregelt. Die Zulassung von Konkursen wird verzögert, und die entsprechende gerichtliche Abwicklung dauert noch sehr lange. Die Anzahl der Konkurse ist noch gering. Dies beeinträchtigt die Produktivitätssteigerung in der slowenischen Wirtschaft.

Auch die Eigentumsrückgabe verläuft noch schleppend und muss beschleunigt werden.

Der hohe Regulierungsgrad auf den Arbeitsmärkten soll abgebaut werden. Im Rahmen der Liberalisierung ist eine Annäherung an die EU-Regelungen vorgesehen.

Die für die Inflationsentwicklung gefährliche nachträgliche Indexierung soll in eine vorausschauende umgewandelt werden mit einem Bezug zur Produktivitätssteigerung, wofür bereits Verhandlungen laufen. Günstiger wäre allerdings die völlige Abschaffung der Indexierung. Sie sollte möglichst bald ins Auge gefasst werden.

In der Handelspolitik strebt Slowenien die schnelle Angleichung an die EU an. In diesem Jahr soll die volle Handelsliberalisierung erreicht werden und 2002 der gemeinsame Außenzoll der EU übernommen werden.

Aussichten

Es wird davon ausgegangen, dass die relativ günstige Konkurrenzsituation Sloweniens auch das Wachstum in 2001 fördern wird. Die wieder steigende Binnennachfrage dürfte einen Teil der Ausfälle aufgrund der Abschwächung des Wachstums in Europa ausgleichen. Daher nehmen die meisten Prognosen an, dass das Wachstum sich nur auf etwa 4,5% abschwächen wird. Sollte die Konjunktur bei den Haupthandelspartnern aber noch weiter nach lassen, muss mit einem Rückgang des Wachstums auf etwa 4% gerechnet werden.

Angesichts der relativ guten Konkurrenzsituation wird auch unterstellt, dass bei weiterhin moderatem Reallohnzuwachs das Leistungsbilanzdefizit unter 3% des BIP sinken wird.

Schwierig bleibt weiterhin die Inflationsbekämpfung, da noch Überhänge aus der laschen Geldpolitik in der ersten Hälfte des Jahres 2000 vorhanden sind, die durch den Echoeffekt der Indexierung den

Inflationsdruck fortsetzen. Allerdings dürften die erwarteten stagnierenden bzw. wieder sinkenden Energiepreise und die auslaufende Abwertung des EURO gegenüber dem Dollar, stabilisierend auf die Preisentwicklung einwirken.

Die Inflationsbekämpfung bleibt aber neben der Strukturreform ein zentrales Ziel. Wenn dies nicht erreicht wird, können auch die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Mitgliedschaft in der EU kaum geschaffen werden.

Ein wesentlicher Punkt dafür ist, wie bereits erwähnt, der Abbau der Indexierung, die Preisschocks immer noch in eine permanente Inflation überleiten. Eine gewisse Verbesserung bringt die erzielte Übereinkunft, die vorsieht, dass die Lohnindexierung von einer nachträglichen auf eine vorausschauende umgestellt wird.

Angestrebt ist von der Regierung auch die Fortsetzung der wieder erreichten restriktiven Geld- und Finanzpolitik.

Die Haushaltspolitik steht dabei vor besonderen Herausforderungen, zu denen vor allem die Kosten für die Harmonisierung der slowenischen Regelungen mit den EU-Standards und die sich verschlechternde Altersstruktur der Bevölkerung zählen. Allein die Anpassungskosten im Umweltschutz vor dem Beitritt Sloweniens zur EU werden auf 2,3 Mrd. EURO geschätzt. Ansätze zur Lösung dieser Probleme sind erkennbar. Bei der Altersversorgung sind erste Lösungsansätze eingeleitet, und bei der Krankenversorgung liegt die Hoffnung auf einer erreichbaren Rationalisierung bei den Ausgaben. Alle diese Maßnahmen brauchen allerdings Zeit und tragen hohe Risiken in sich.

Im Rahmen einer restriktiven Fiskalpolitik ist 2001 die Rückführung des Haushaltsdefizits auf ein Prozent des BIP geplant. Das fiskalpolitische Ziel der neuen Regierung ist aber auch mittelfristig sehr ehrgeizig. Bis 2004 soll ein ausgeglichener Haushalt erreicht oder gar ein geringer Überschuss erzielt werden. Dabei soll gleichzeitig die Staatsausgabenquote im Verhältnis zum BIP von derzeit 44% auf 42% gesenkt und danach auf diesem Niveau stabilisiert werden. Um die entsprechenden Reduzierungen der Ausgaben und die Festlegung der Prioritäten wird bereits jetzt gerungen. Geplant ist auch eine Verminderung der Subventionen und staatlichen Hilfen.

Das immer noch bestehende System außerbudgetärer Fonds soll entweder in den Haushalt überführt oder die entsprechenden Aufgaben sollen privatisiert werden.

In die Steuerreform wird nun auch die persönliche Einkommensteuer einbezogen. Dabei soll insbesondere der Höchststeuersatz gesenkt und die Steuerbasis durch die Erfassung von Zinsen und Transferleistungen verbreitert werden. Einnahmeausfälle sollen durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer ausgeglichen werden.

Nach Ansicht internationaler Experten kann das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bis 2004 erreicht werden. Dies wird für diese kleine Volkswirtschaft bei einem liberalisierten Kapitalverkehr auch als sinnvoll angesehen, da damit die Schulden-BIP-Quote sinkt. Das Leistungsbilanzdefizit könnte dadurch mittelfristig bei 2-2,5% gehalten werden, da die öffentliche Sparrate steigt und der Schuldendienst sinkt.

Die Anforderungen, diese Ziele durchgängig zu erreichen, sind aber hoch und erfordern größere Anstrengungen als 2001. In diesem Jahr ist ein erheblicher Teil der Reduzierung des Haushaltsdefizits auf Einmaleffekte zurückzuführen. Insbesondere muss der starke Anstieg der Lohnausgaben im Öffentlichen Sektor, der durch Lohnsteigerungen wie auch durch Ausweitung der Beschäftigung erfolgte, gebremst werden.

Mit der angestrebten Reduzierung des Haushaltsdefizits auf 1% leistet die Finanzpolitik zwar einen guten Beitrag zur Dämpfung der Inflation, die Hauptlast bleibt aber bei der Geldpolitik der Zentralbank.

Durch die Liberalisierung des Kapitalverkehrs wird die Politik der Zentralbank aber nicht leichter, sie muss nun auf mehrere Ziele gleichzeitig achten. Primäres Ziel muss aber die Geldwertstabilität bleiben.

Die Politikansätze zeigen auch, dass die Geldwertstabilität nun hohe Priorität erreicht hat und dass damit auch gute Voraussetzungen für ein dauerhaftes Wachstum gegeben sind. Die Zentralbank muss aber weiterhin dem Druck widerstehen, die Geldpolitik zu anderen Zwecken einzusetzen, was zuweilen gefordert wird.

Mit der weiteren Anhebung der Leitzinsen am 1 April 2001 um 100 Basispunkte setzte die Nationalbank ein weiteres Zeichen, dass sie dem Inflationsziel nun die Priorität einräumt. Die 2000 zeitweilig eingetretenen Irritationen sind damit überwunden.

HERMANN CLEMENT

Slowenien

Fläche: 20 273 km²; Bevölkerung: 1,990 Mio. (2000)

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Wirtschaftsleistung							
Bruttoinlandsprodukt (BIP),							
BIP, nominal	Mrd. Tolar, lfd. Preise	2555,4	2907,3	3253,8	3637,4	4045,5	4567,4
BIP, nominal	Mrd. USD	18,878	18,206	19,585	20,071	18,167	19,353
BIP, real	Veränd. gg. Vorj., %	3,5	4,6	3,8	5,2	4,8	4,5
BIP, pro Kopf	USD,						
	amtl. Wechselkurs	9481	9163	9878	10109	9128	9767
	Kaufkraftparität	13200	14100	14800 ⁹	.	.	.
	Kaufkraftparität in EURO (KKS)	12185	13246	13908	14964	.	.
BIP	Index 1989 = 100	90,4	94,6	98,3	103,4	108,4	113,2
Industrie	Index 1989 = 100	72,6	73,4	76,1	75,7	80,3	83,6
Produktionsentwicklung, real							
Wertschöpfung, Preise 1995							
Industrie	Veränd. gg. Vorj., %	1,5	6,2	4,1	2,7	8,7	4,1
Landwirtschaft	Veränd. gg. Vorj., %	1,1	-2,9	3,1	-2,1	-1,0	5,0
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj., %	13,2	7,7	4,6	15,8	2,8	4,5
Dienstleistungen	Veränd. gg. Vorj., %	4,2	3,8	3,4	4,8	4,3	4,6
Struktur lt. VGR							
Industrie ¹	% des BIP	32,8	32,5	32,8	32,2	32,6	31,9
Landwirtschaft ¹	% des BIP	4,5	4,3	4,2	3,7	3,4	3,5
Bauwesen ¹	% des BIP	5,7	5,7	5,7	6,2	6,2	6,1
Dienstleistungen ¹	% des BIP	59,5	59,8	59,7	60,3	60,2	60,8
Außenbeitrag ¹							
Anteil des Privatsektors	% des BIP	45	50	55	55	65	70
Anteil des Privatsektors	% der Industrieprod.	.	45	50	.	.	.
Anteil des Privatsektors	% der Beschäftigten	.	.	50	.	.	.
Investitionen							
Brutto-Anlageninvestitionen	reale Veränd. gg. Vorj., %	9,2	11,3	11,1	16,1	1,2	9,0
Netto-Kapitalbildung	gg. Vorj., in%	5,4	6,2	7,0	8,0	.	.
Investitionsquote lt VGR (brutto)	% des BIP	22,5	23,4	24,6	27,2	28,3	28,1
Investitionsquote (Anlageinv.)	% des BIP						.
Sparquote ⁶ , brutto	% des BIP	22,7	23,4	23,9	23,2	25,0	25,4
netto	% des BIP	5,5	6,3	7,0	.	.	.
Zufluss von Direktinvestitionen	Mio. USD	185,5	320,8	165,4	83	.	.
darunter aus Deutschland	Mio. USD	35	86	44	72	82	.
Arbeitsmarkt							
Beschäftigte, JD	1000 Personen	742,2	743,4	745,2	758,5	768,2	.
in der Industrie	% d. gesamten Besch.	32,2	30,9	30,4	29,5	.	.
im Staatssektor ⁴	% d. Besch.
Arbeitslosenquote, JD	% (ILO-Definition)	7,3	7,4	7,9	7,6	7,0	6,7
Registrierte Arbeitslose	% (nat. Def.)	13,9	14,4	14,5	13,6	12,2	11,6

Slowenien – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Geldmengen- und Preisentwicklung							
Geldmenge M2	Veränd. gg. Vorj. JE, %	19,3	32,6	26,0	13,4	11,1	12,2
Zinssatz	Geldm. ³ JD %	22,6	20,0	16,1	12,4	15,8	.
	Diskontsatz, % JE	10	10	10	8	10	11
Realzins	%, langf. Kred., JD	12,5	9,8	7,9	6,3	.	.
Inflationsrate							
Konsumentenpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	9,9	8,4	8,0	6,1	8,9	7,8
Konsumentenpreise, JE	Veränd. gg. Vorj. %	8,8	9,4	6,5	8,0	8,9	.
Einzelhandelspreise, JE	Veränd. gg. Vorj., %	8,8	9,4	7,5	8,8	10,0	.
Industriegüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	6,8	6,1	6,0	2,1	7,6	.
Einkommen und Verbrauch							
Bruttolöhne, nominal, JD	Veränd. gg. Vorj., %	15,3	11,8	9,6	9,6	10,6	.
Nettolöhne, nominal, JD	Veränd. gg. Vorj., %	14,8	11,5	9,6	9,4	10,4	.
Reallöhne, netto	Veränd. gg. Vorj., %	4,4	2,9	1,5	3,0	1,4	2,3
Privater Verbrauch	Veränd. gg. Vorj., %	2,4	3,4	2,8	.	.	.
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %	2,9	1,5	1,9	2,9	7,4	.
Lebensstandard							
Durchschn. Monatslohn, netto brutto	1000 SIT, JD	81,830	91,198	99,906	109,279	120,689	.
	1000 SIT, JD USD,	129,125	144,249	158,069	173,245	191,669	.
	amtl. Wechselkurs, JD	953,87	903,31	951,48	953,40	.	.
	Kaufkraftparität, JD	1222	1265
Mindestlohn/ Durchschn.-lohn (brutto)	%	40,8	40,2	40,0	40,4	.	.
Altersrente/Durchschn.-lohn (netto)	%	74,6	74,3	74,5	.	.	.
Haushalte unter der Armutsgrenze	%
Öffentliche Haushalte (konsolidiert)							
Einnahmen	Mrd. Tolar	1091,8	1222,6	1397,9	1590,0	1725,8	1964
Ausgaben	Mrd. Tolar	1083,6	1256,7	1423,5	1613,3	1781,3	2009
Budgetsaldo	Mrd. Tolar	8,2	-34,1	-25,6	-23,3	-55,5	-45
Budgetsaldo	% des BIP	0,3	-1,2	-0,8	-0,64	-1,36	-1,0
Öffentliche Verschuldung	% des BIP
Außenwirtschaft							
Außenhandel (Waren) insgesamt							
Export, ⁴	Mio. USD	8352,6	8407,5	9090,9	8622,7	8806,0	9543
Import, ⁴	Mio. USD	9177,5	9183,8	9880,2	9867,9	9887,2	10695
Handelsbilanzsaldo ⁴	Mio. USD	-824,9	-776,3	-789,3	-1245,2	-1081,2	-1153
Außenhandel (Dienstleistungen) insgesamt							
Export, ⁴	Mio. USD	2135,1	2047,5	2027,5	1899,2	1885,5	1920
Import, ⁴	Mio. USD	1501,6	1417,2	1535,0	1535,1	1459,5	1520
Handelsbilanzsaldo ⁴	Mio. USD	633,5	630,3	492,5	364,1	426,0	400

Slowenien – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Anteile wichtiger Handelspartner							
Export nach							
EU	% der Exporte	64,6	63,6	65,5	66,1	63,9	.
Deutschland	% der Exporte	30,6	29,4	28,4	30,7	24,2	.
GUS	% der Exporte	4,9	5,2	3,4	2,2	2,9	.
Russland	% der Exporte	3,6	3,9	2,6	1,5	2,2	.
CEFTA ²	% der Exporte	5,7	6,0	6,7	7,3	7,9	.
Ehem. Jugoslawien	% der Exporte	16,7	16,6	15,4	15,2	15,6	.
Import aus							
EU	% der Importe	67,5	67,4	69,4	68,9	67,8	.
Deutschland	% der Importe	21,7	20,7	20,7	20,5	19,0	.
GUS	% der Importe	2,5	3,0	2,1	2,0	2,6	.
Russland	% der Importe	2,2	2,7	1,8	1,6	2,9	.
CEFTA ²	% der Importe	6,8	7,5	7,7	8,4	9,1	.
Ehem. Jugoslawien	% der Importe	7,5	6,3	5,9	5,7	5,9	.
Handel mit Deutschland							
Deutsche Ausfuhr	Mio. DM	2870,8	3574,6	3964,9	4050,2	4454	.
Deutsche Einfuhr	Mio. DM	3349,2	4116,2	4326,8	4696,1	5038	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. DM	-478,4	-541,6	-361,9	-645,9	-584	.
Gesamtwirtschaftl. Auslandsposition							
Leistungsbilanzsaldo	Mio. USD	32,0	11,4	-147,2	-782,6	-594,2	-535
	% des BIP (USD)	0,2	0,1	-0,8	-3,9	3,2	
Währungsreserven, ⁷ JE	Mio. USD,	2297,5	3297	3573	3059	2859	3105 ⁸
einschl. Bankreserven, JE	Mio. USD,	4124,1	4376,9	4781,4	4115	4370	4359
Wechselkurs, JD	Tolar/USD,	135,37	159,69	166,13	181,77	222,7	236,0
Wechselkurs, JD	Tolar/EURO	169,51	180,40	186,27	193,63	205,0	217,3
Realer effektiver Wechselkurs ⁵	Veränd. gg. Vorj., %	-2,9	0,7	4,0	-0,7	-2,1	-0,3
Terms of Trade	Index 1995=100	100,3	100,8	103,2	103,4	102,8	103,3
Kaufkraftparität (PPP)	Tolar/USD	91,00	103,12	109,7	.	.	.
Auslandsverschuldung,							
brutto	Mio. USD, Dez.	4010	4176	4959	5491	6217	.
netto	Mio. USD, Dez.	1712,6	861,3	1320,5	2323,0	.	.
Schuldenquote, brutto	% des BIP	21,2	22,9	25,4 ¹⁰	25 ¹¹	.	.
Schuldendienstquote netto	% d. Exp. u. Dienstl.	8,6	8,5	13,3	7,7	9,1	.

Anmerkung: * Vorläufig bzw. teilweise Schätzung; ** Schätzung bzw. Prognose; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende.

² Anteil an der Wertschöpfung in Preisen von 1995; ² ab 1996 einschließlich Rumänien; ³ Kurzfristige Kredite; ⁴ Nach Zahlungsbilanzstatistik, die Werte des Statistischen Amtes für 1999 sind für die Exporte 8,546 Mrd. USD und für die Importe 9,954 Mrd. USD. ⁵ Deflationiert mit den industriellen Produzentenpreisen; ⁶ Volkswirtschaftliche Sparquote; ⁷ Ohne SDRs; ⁸ Ende März 2001.

Quellen: Banka Slovenije, Monthly Bulletin, versch. Ausgaben, Banka Slovenije, Direct Investment 1994- 1998, November 1999. Banka Slovenije, Balance of Payments for Slovenia, Final data for years 1994 to 1999, 15. 9. 2000. Banka Slovenije, International Investment Position of Slovenia, Preliminary data -Data of last update 16. June 2000, Institute of Macroeconomic Analysis and Development, Autumn Report 1999 and Slovenian Economic Mirror, versch. Ausgaben, Statistisches Bundesamt, PlanEcon Reports, EBRD, Transition Report 1999, ECE, Economic Survey of Europe, DB Research, BfAi, Statistisches Bundesamt, Creditanstalt Austria, Central European Quarterly, versch. Hefte, Presseberichte.